

Will Berlin noch eine ambulante Pflege?

Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege verhandeln derzeit mit den Krankenkassen über Leistungen und Inhalte in der ambulanten Pflege in Berlin. Die Verhandlungen sind in so einer Schieflage, dass wir uns als Träger, zuständig für die ambulante Versorgung von alten und kranken Menschen, fragen, ob man unsere Arbeit und Leistungen abschaffen möchte! Wir sind fassungslos, wie die Krankenkassen und die Politik mit uns umgehen und fordern sofortiges Handeln.

Der Pflegberuf ist für immer weniger Menschen in Deutschland attraktiv, der Fachkräftemangel seit Jahren ein Problem und die Zahl pflegebedürftiger Menschen so hoch wie nie. Dennoch arbeiten wir in unseren ambulanten Teams tagtäglich vor Ort weiter. Wir versorgen Frau Müller, Herrn Meyer und Frau Yilmaz – und das seit Jahren. Wir sind bei Wind und Wetter von Haushalt zu Haushalt unterwegs und lieben unsere Arbeit. Von uns wird aber immer verlangt, dass die ambulante Pflege funktionieren soll – egal, wie die Rahmenbedingungen aussehen. Doch wie soll sich gesamtgesellschaftlich an diesem Bild etwas verändern, wenn uns schon die Vertreter der Krankenkassen nicht auf Augenhöhe begegnen, uns ihre Kostensätze diktieren und uns damit aufzeigen, was unsere Arbeit ihnen wert ist? Wir fragen die Berliner Politik und die Krankenkassen, ob sie die ambulante Pflege in der Stadt systematisch ausbluten lassen wollen.

Wir fordern Politik und Krankenkassen zum Handeln auf!

Unsere Forderungen:

1: Faire Verhandlungen

Keine Tricksereien! Keine Verträge, die später inhaltlich wieder geändert werden.

2: Ausreichend vergütete Leistungen

Um faire Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen zu ermöglichen!

3: Faire Verträge

Keine Verzögerungstaktik und höhere Kompromissbereitschaft.

Was würde passieren, wenn wir nicht mehr täglich bei Frau Müller, Herrn Meyer und Frau Schmidt vorbeischauchen? Würden das dann die Angehörigen übernehmen? Würde der Hausarzt zum Verband anlegen nach Hause kommen? Müssen die Menschen alle ins Pflegeheim, ins Krankenhaus oder direkt ins Ausland gebracht werden? Dabei gilt in Deutschland doch eigentlich „ambulant vor stationär“! Wir fragen uns: Was sind Ihnen unsere alten und kranken Menschen wert und diejenigen, die sich täglich um sie kümmern?

Die Versprechen aus der Politik sind seit Jahren heiße Luft und nun drücken uns erneut die Krankenkassen die Leistungen. „Die Art und Weise wie man Verhandlungen führt, ist wie auf dem Basar“, sagt Geschäftsführer der FÖV Pflege gGmbH Ralf Stoffenberger. „Das hat nichts mit einem partnerschaftlichen Vorgehen zu tun und kommt teilweise schon Erpressung nahe.“

Wir sind in der ambulanten Pflege sehr engagiert, können und wollen es uns aber nicht leisten, unsere Dienstleistungen trotz fehlender Kostendeckung weiterhin auszuüben. Wir kämpfen um jeden Menschen, der noch bereit ist, in der ambulanten Pflege zu arbeiten. Dafür muss der Beruf aber fair vergütet und anerkannt werden. Wir fordern Sie auf: Setzen Sie das Thema ambulante Pflege endlich auf Ihre Agenda und machen es zur Chefsache, anstatt uns weiter ausbluten zu lassen! Von Ihren Entscheidungen hängt auch *Ihre* Versorgung im Alter ab.

Unterzeichnende:

Ralf Stoffenberger, FÖV Pflege gGmbH

Karen Lawerenz, Nachbarschaftsheim Schöneberg Pflegerische Dienste gGmbH

Michael Bonn, Ambulante Alternative Pinel gGmbH

Michel Bonn, Pinel Pflege

Nadine Philipp & Bodo Elsner, Vorstand Johannisches Sozialwerk e.V.

Renate Wilkening, Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der UFA-Fabrik e.V.

Rückfragen der Presse bitte an:

Eva Schmid, Öffentlichkeitsarbeit Nachbarschaftsheim Schöneberg

01523 8975039, eva.schmid@nbhs.de

Ralf Stoffenberger, FÖV-Pflege

(030) 375 8980, r.stoffenberger@foev-pflege.de

JOHANNISCHES
SOZIALWERK E.V.



 **pinel Pflege**

Ambulante Alternative Pinel gGmbH

**nachbarschafts
zentrum**
in der 



**Nachbarschaftsheim Schöneberg
Pflegerische Dienste gGmbH**



FÖV Pflege

Gesundheit und soziale Dienste gGmbH